

Anton Pelinka

## **Simon Wiesenthal und die österreichische Innenpolitik**

(Referat im Rahmen der Tagung »Österreichs Umgang mit der NS-Täterschaft«  
anlässlich des 90. Geburtstags von Simon Wiesenthal, Wien, 2./3. Dezember  
1998)

Simon Wiesenthal war und ist für die österreichische Politik das, was wohl am besten ein positiver Störfaktor genannt werden kann: Er stört die politische Routine – und zwingt so die politischen Akteure, diese Routine neu zu überdenken. Simon Wiesenthal provoziert. Als Provokateur stört er die Gegenwart – indem er uns an die Vergangenheit erinnert. Indem er die Gegenwart aber so stört, arbeitet er für die Zukunft; für eine österreichische, für eine europäische Zukunft.

Wie dieser Störfaktor beurteilt wird, hängt von einer Parteilichkeit ab. Dabei ist weniger eine parteipolitische Voreingenommenheit gemeint – obwohl auch diese in Wiesenthals Leben und insbesondere für die Reaktion auf sein Wirken eine wichtige Rolle gespielt hat. Wiesenthal wird letztlich so beurteilt wie seine konsequente Gegnerschaft zum Nationalsozialismus beurteilt wird. Die Beurteilung Wiesenthals lässt Rückschlüsse auf weitergehende Einstellungen zu.

Simon Wiesenthal ist eine Person, die aus der Vergangenheit kommt. Er machte den Holocaust zu einem Thema, bevor dieses Thema selbstverständlich wurde; bevor eine jüngere Generation von Juden und Nicht-Juden den Holocaust studierte, ihn zu einem universitären Forschungs- und Lehrgebiet machte und Holocaust-Gedenkstätten einzurichten begann.

Als Wiesenthal 1955 die Bestände seines Archivs von Linz nach Israel bringen ließ, war das Interesse Israels an der Verfolgung der Täter nicht sehr ausgeprägt.<sup>1</sup> Diese Beobachtung deckt sich mit der Analyse Tom Segevs<sup>2</sup>: Im ersten Jahrzehnt seiner Existenz war der Judenstaat nur sehr eingeschränkt an

1 Hella Pick, Simon Wiesenthal. A Life in Search of Justice, London 1997, S. 139.

2 Tom Segev, The Seventh Million. The Israelis and the Holocaust, New York 1993.

der Aufarbeitung des Holocaust interessiert. Sozialpsychologische Verdrängungsmechanismen hatten auch die überlebenden Opfer erfasst. Erst die »Affäre Kastner« und der Eichmann-Prozess änderten die Einstellung in Israel selbst. Wiesenthal war in mehrfacher Hinsicht seiner Zeit voraus.

## Wiesenthal und die Nachkriegszeit

Zu einem Faktor österreichischer Politik wurde Wiesenthal 1961, als er – nach dem Ende des »Falles Eichmann« – mit seinem Archiv nach Wien übersiedelte. Mit dem »Fall Eichmann« war abgeschlossen, was Wiesenthal in Linz vorrangig beschäftigt hatte. Wiesenthal war nun frei für neue Aufgaben.

Der Prozess gegen Franz Murer und dessen Freispruch signalisierte die neue Bedeutung Wiesenthals für Österreich: Dass Murer überhaupt vor Gericht kam, war das Resultat von Wiesenthals Aktivität. Dass Murer von einem österreichischen Geschworenengericht freigesprochen wurde, war hingegen das Ergebnis des österreichischen Antisemitismus und der österreichischen politischen Kultur.<sup>3</sup>

Die Politik des Zudeckens als Teil der politischen Kultur der österreichischen Nachkriegszeit entsprach der österreichischen Neigung, die »Opferthese« der Moskauer Deklaration zum international einzig geltenden Deutungsmuster zu erklären. Hinter dieser nach außen gerichteten Politik konnte nach innen hin umso leichter eine Politik der ständigen Konzessionen an »ehemalige« Nationalsozialisten betrieben werden.

Wiesenthal wurde in Wien auch zu einem Faktor innerjüdischer Politik. Sein Ausspruch, er habe immer unter der Eifersucht zwischen Juden zu leiden gehabt,<sup>4</sup> bezieht sich vor allem auf diese Erfahrungen in Wien. Wiesenthal war für viele Angehörige der Israelitischen Kultusgemeinde aus zwei Gründen ein Problem: Er war, als traditionalistischer Jude aus dem ehemals österreichischen Galizien, für viele ein »Ostjude«. Und er forderte überdies die traditionellen politischen Bindungen der jüdischen Gemeinde an die Sozialdemokratie heraus.

Für viele der kulturell und politisch assimilierten Juden Wiens war Wiesenthal eine Provokation. Niemand sollte dies deutlicher zum Ausdruck bringen als Bruno Kreisky. Der von Simon Wiesenthal ins Leben gerufene »Bund jüdischer Verfolgter des Naziregimes« (BJVN), der vor allem die Inter-

3 Pick, a. a. O., S. 160–163.

4 Ebenda, S. 153.

essen osteuropäischer Juden vertrat, erzielte ab 1959 Erfolge bei den Kultusgemeindewahlen.<sup>5</sup>

Wiesenthal opponierte gegen die politische Instrumentalisierung der jüdischen Gemeinde. Er emanzipierte die jüdische Kritik am österreichischen Antisemitismus vom parteipolitischen Geplänkel. Er machte es so möglich, dass die Kritik am Umgang mit dem bzw. an der Negierung des Holocaust zu einem Thema wurde, das nicht mehr einfach auf der Schiene des parteipolitischen Wettbewerbs zwischen SPÖ und ÖVP abgehandelt und so verharmlost werden konnte.

Bis in die Sechzigerjahre hatten ÖVP und SPÖ kein wirkliches Interesse, die nationalsozialistischen Verbrechen generell und den Holocaust im Besonderen zu konfrontieren. Beide Parteien hatte ihre – vormalige – NS-Klientel. Beide wollten einen innenpolitischen Frieden, der auf dem Negieren der Verbrechen aufbaute. Beide hatten ihre Geiseln – nach dem Muster: »Sprichst du von der NS-Vergangenheit meines Kamitz, dann spreche ich von der NS-Vergangenheit deines Rösch.«

Dagegen stand Wiesenthal. Was Wunder, dass ihm bald die Etikette der ÖVP-Nähe verliehen wurde – denn ein Kritiker der weitgehenden Integration der Jüdischen Gemeinde in die SPÖ und damit auch in die Logik des Negierens musste, der traditionellen und damals noch geltenden Annahme folgend, im Auftrag der ÖVP handeln.

1966 überreichte Wiesenthal Bundeskanzler Josef Klaus das »Schuld- und Sühne-Memorandum der österreichischen SS-Täter«.<sup>6</sup> Dieses Dokument Wiesenthals forderte die »Opferthese« fundamental heraus – es war der erste systematische Beleg für die seither weitgehend akzeptierte Aussage, dass der Anteil von Österreichern unter den Tätern des Holocaust überproportional war.

Damit hatte Wiesenthal sich deutlich gegen die in der Nachkriegszeit herrschende Wahrnehmung österreichischer (Nicht-)Verantwortung gestellt. In einer neuen Generation wurde diese kritischere Sichtweise immer selbstverständlicher. Die »Borodajkewycz-Affäre«<sup>7</sup> hatte schon 1965 die Politik der Verschlampung bloßgestellt, die nach 1945 die Großparteien bestimmt hatte.

Die »Borodajkewycz-Affäre« hatte die Politik der ÖVP in ein kritisches Licht gebracht. In der »Ära Kreisky« kam nun die SPÖ in eine ähnlich zwie-

5 Helga Embacher, Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945, Wien 1995, S. 252.

6 Ebenda, S. 253.

7 Heinz Fischer, Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycz. Eine Dokumentation, Wien 1966.

spältige Situation. Und nun war es Wiesenthal selbst, der die Maßstäbe, die von Sozialdemokraten kritisch gegen das Verhalten der ÖVP angewendet worden waren, gegenüber der SPÖ einforderte.

## Wiesenthal und Kreisky

Der Konflikt, der in den Siebzigerjahren Wiesenthals Verhältnis zur regierenden Sozialdemokratie bestimmte, war auch ein stark persönlich bestimmter. Viele Jahre später sollte Wiesenthal festhalten, dass ihm die Angriffe Bruno Kreiskys mehr Schmerz bereitet hätten als die jeder anderen Person seit der NS-Zeit.<sup>8</sup>

Wiesenthals innenpolitische Position wird durch die beiden Phasen einer Auseinandersetzung mit Bruno Kreisky bestimmt: durch Kreiskys Reaktion auf Wiesenthals Kritik an der Regierungsbildung 1970; und durch Kreiskys Reaktion auf Wiesenthals Kritik an der möglichen Einbeziehung Friedrich Peters in die Regierungsbildung 1975. Diese beiden Reaktionen und die damit zusammenhängenden Konflikte waren und sind es vor allem, die Wiesenthals innenpolitischen Stellenwert markieren.

Im Hintergrund dieser Auseinandersetzungen stand, dass die österreichische Justiz 1972 alle Prozesse wegen NS-Verbrechen einstellte – einer klaren politischen Vorgabe des SPÖ-Justizministers Christian Broda folgend.<sup>9</sup> Die SPÖ wollte so verhindern, dass Freisprüche von des Massenmordes Angeklagten dem Ansehen Österreichs schaden.

Bruno Kreisky reagierte auf Wiesenthals Kritik mit einer ganz ungewöhnlichen Emotionalität. In Kreiskys Autobiographie schwingt die extreme Empfindlichkeit mit, die den Konflikt zwischen diesen beiden bedeutenden Österreichern begleitete, die beide auch bedeutende Juden waren.

Kreiskys Erklärungsmuster baut auf einer Annahme:

»Wiesenthal hat es in seiner Intransigenz für ein Verbrechen am Judentum gehalten, dass ein Mann jüdischer Herkunft in diesem seiner Meinung nach antisemitischen, neonazistischen Österreich ist.«<sup>10</sup>

8 Pick, a. a. O., S. 246.

9 Embacher, a. a. O., S. 253.

10 Bruno Kreisky, Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996, S. 233 f.

Damit sieht Kreisky als den Hintergrund des Konfliktes eine gegensätzliche Definition jüdischer Identität und jüdischer Rollenvorgaben – das, was auch den Gegensatz zwischen Zionismus und Assimilation ausmacht.

Die Dimension dieses Konfliktes wird auch dadurch verdeutlicht, dass Kreisky sich noch fast zwei Jahrzehnte später auf einen Bericht eines »gemeinsamen Bekannten« beruft, der Äußerungen Wiesenthals weitergegeben habe.<sup>11</sup> Kreisky begründete (oder rationalisierte) sein Verhalten mit einer Berufung auf das, was im anglo-amerikanischen Prozessrecht als »Hearsay« ausgeschlossen ist – mit einer Berufung auf Klatsch und Tratsch.

Kreisky glaubte offenbar Gerüchten, Wiesenthal habe mit der Gestapo kooperiert. Dass Kreisky solchen ganz offenkundig fabrizierten – und noch dazu schlecht fabrizierten – Gerüchten aufsaß, zeigt nur, wie tief Kreiskys Reaktion auf Wiesenthals Kritik emotional verankert war.

Im Dezember 1975 zog Kreisky diese auf solchen Gerüchten aufbauenden Anschuldigungen zurück.<sup>12</sup> Dieser Rückzug war Teil eines politischen Kompromisses: Die SPÖ, die mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Nationalrat gegen die Tätigkeit Simon Wiesenthals gedroht hatte, verzichtete darauf – und Wiesenthal verzichtete auf die Klage gegen Kreisky.

Die Vereinbarung zwischen der SPÖ und Wiesenthal war ein politischer Handel, der einer Erpressung sehr nahe kam: Die im Nationalrat mit einer absoluten Mehrheit ausgestattete Regierungspartei wollte ein zur Kontrolle der Regierung gedachtes Instrument gegen einen Bürger der Republik einsetzen – eine eher groteske Umdeutung parlamentarischer Kontrolle.

Kein Wunder, dass die Verbitterung zwischen Kreisky und Wiesenthal blieb. Dies drückt sich in Wiesenthals Schmerz ebenso aus wie im Weiterleben von Kreiskys Emotion. Wie tief Kreisky Abneigung gegen Wiesenthal war, geht daraus hervor, dass Kreisky 1986 die Anschuldigungen gegen Wiesenthal abermals erhob – weshalb er 1989 strafrechtlich verurteilt wurde.<sup>13</sup>

## Wiesenthal und Waldheim

Die »Affäre«, die mehr als jede andere Österreichs Verhältnis zum Nationalsozialismus beleuchten sollte, war keine von Wiesenthal begonnene oder auch nur bestimmte. Dennoch hatte Wiesenthal gegenüber Kurt Waldheim klar Stel-

11 Ebenda, S. 234.

12 Pick, a. a. O., S. 269.

13 Ebenda, S. 271 f.

lung bezogen: Dieser sei ein Lügner, der es verdiene, Nazi-Kollaborateur genannt zu werden. Aber es gebe keinen Grund, ihn persönlich irgendwelcher konkreter Kriegs- oder anderer NS-Verbrechen zu beschuldigen.<sup>14</sup>

Diese Beurteilung deckt sich im Wesentlichen mit dem Stand der historischen Forschung.<sup>15</sup> Dass dennoch Wiesenthal in die Nähe eines Verteidigers von Waldheim gerückt worden ist,<sup>16</sup> verlangt nach einer komplexen Erklärung, die wiederum Wiesenthals Rolle für und in Österreich verdeutlicht.

1986 stand Wiesenthal zwischen einer aus erkennbar taktischen Gründen überempörten SPÖ und einer aus ebensolchen Gründen verbohr- und apologetischen ÖVP. Gerade angesichts des Verhaltens der SPÖ 1975 war deren Empörung über die von Waldheim verschwiegenen Teile seiner Biographie nur eingeschränkt glaubwürdig. Die SPÖ machte auch rund um die »Waldheim-Affäre« keinerlei Anstalten, die eigene Geschichte – etwa die des Jahres 1975 – selbstkritisch aufzuarbeiten. In dieser Situation war Wiesenthal eine unbequeme Erinnerung an den sozialdemokratischen Widerspruch, Waldheim die Verdrängungen vorzuhalten, die – wenn »eigene« Personen (wie die früheren NS-Mitglieder in der Regierung Kreisky) oder die »eigene« Strategie (wie im Falle Friedrich Peters) betroffen waren – nicht thematisiert werden durften.

Die Vergangenheit des SS-Offiziers Friedrich Peter, auch sein Schweigen über die Einsätze seiner Einheit bei der Bekämpfung von Partisanen (sprich: bei der Ermordung von Unbewaffneten), war für die SPÖ kein politisches Thema. Die Vergangenheit des Nachrichtenoffiziers Kurt Waldheim, dessen Schweigen über die Vernichtung des Gettos von Saloniki, war hingegen für die SPÖ ein großes Thema – an diese Dissonanz erinnerte kein anderer so effektiv wie Simon Wiesenthal.

Dazu kam die Linie der Verteidigung, wie sie von der ÖVP bevorzugt wurde – zugespitzt im offenen Brief des Vizebürgermeisters von Linz, Carl Hödl.<sup>17</sup> Die Linie dieser Verteidigung richtete sich mit teilweise offen antisemitischer Stoßrichtung gegen den Jüdischen Weltkongress, dem vorgehalten wurde, seine Tätigkeit würde die Verantwortung an einem möglichen Wiederaufleben des österreichischen Antisemitismus tragen. Mit anderen Worten: Einen öster-

14 Ebenda, S. 285.

15 Siehe dazu z. B. Herzstein/Robert Edwin, Waldheim. The Missing Years, New York 1988, insbes. S. 249–264.

16 Eli M. Rosenbaum, Betrayal. The Untold Story of the Kurt Waldheim Investigation and Cover-Up, New York 1993.

17 Anton Pelinka, Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa, Wien 1990, S. 85 f.

reichischen Antisemitismus gibt es nicht; und wenn doch, dann sind die Juden daran schuld.

Eine solche Position war das Gegenteil von dem, was etwa Kreisky Wiesenthal vorhielt – Österreich als ein besonders antisemitisches Land hinzustellen. Der – angeblich – der ÖVP nahe stehende Wiesenthal vertrat also gerade nach der Zuschreibung Bruno Kreiskys das absolute Gegenteil von dem, was die ÖVP in der »Affäre Waldheim« zu ihrer Linie machte.

Doch das Missverständnis hatte auch eine außerösterreichische Wurzel. Simon Wiesenthal war und ist kein Mann des World Jewish Congress. Dass er dessen Kritik an Waldheim für polemisch überzogen hielt – und dass er auch kein Hehl aus seiner Skepsis gegenüber dieser Taktik machte, musste die Distanz zwischen Wiesenthal und dem Congress noch vergrößern.

Wiesenthals Position gegenüber Kurt Waldheim wird auch in Wiesenthals Aufforderung an Waldheim deutlich im Interesse Österreichs zurückzutreten. Nach dem Bericht der Historiker-Kommission, dessen Tenor Waldheim strafrechtlich entlastete, aber politisch belastete, wäre ein Rücktritt – so Wiesenthal – im Interesse des Landes:

Waldheim hatte die Unwahrheit gesagt, hatte verdrängt, hatte ein skandalöses Maß an Insensibilität gezeigt – was etwa seine Aussage über die »Pflichterfüllung« oder sein vorgebliches Nicht-Wissen über das Schicksal der Juden von Saloniki betraf.

Waldheim persönlich war aber keines einzigen konkreten Kriegsverbrechens beschuldigt, er war an keinem Mord beteiligt und er war auch kein »Fahrdienstleiter des Todes« – wie der von einem österreichischen Geschworenengericht freigesprochene Franz Nowak.

Wiesenthals Schlussfolgerung, in dieser Situation könne, ja müsse Waldheim im österreichischen Interesse zurücktreten, war auch eine eindeutige Klarstellung: Der Versuch, Wiesenthal zur Verteidigung Waldheims zu instrumentieren, war fehlgeschlagen.

## Wiesenthal und Österreichs Zukunft

Die Botschaft, die Wiesenthal an Österreich richtet, kommt aus der Vergangenheit – sie richtet sich aber an die Zukunft.

Wiesenthals Motto »Nicht Rache, sondern Gerechtigkeit« ist einerseits das Motto des Rechtsstaates – und stellt auch klar, wie es mit der Seriosität des Vorwurfes bestellt ist, Wiesenthal würde eine »Kollektivschuld« behaupten. Ande-

rerseits sagt dieses Motto aber auch aus, dass die Zukunft ein klares Bild von der Vergangenheit braucht. Das Ignorieren des Gestern gefährdet das Morgen.

Wiesenthal hat mehrfach die österreichische Politik überholt. An die Stelle des oft so kleinkarierten Polittheaters, genannt »SPÖ gegen ÖVP«, setzte er eine Politik aus ethischer Verantwortung; setzte er auch eine Politik mit internationalen Maßstäben.

Wiesenthal demonstriert eine zukunftsgerichtete österreichische Identität – als eine Mehrfachidentität. Simon Wiesenthal ist Jude und Österreicher. Er kommt aus Galizien, er war polnischer Staatsbürger. Er ist aber, unabhängig davon, loyal zu Österreich und zu Israel – und zu Europa.

Wiesenthals Bedeutung überschreitet die Generationen. Sein Wirken drückt auch seine Fähigkeit aus, eine ethische und politische Allianz mit den Töchtern und Söhnen derer zu schließen, die die NS-Zeit aktiv erlebt und eben deshalb oft nicht wirklich verarbeitet haben.

Das Österreich von heute hat Simon Wiesenthal für sich reklamiert. Franz Vranitzky und Thomas Klestil, Erhard Busek und Viktor Klima zeigten und zeigen sich mit ihm. Damit ist einiges von dem gutgemacht, was eine andere Generation von Politikern an Wiesenthal schlecht gemacht hat. Doch das Österreich von morgen wird die Schwierigkeiten selbstkritisch zu akzeptieren haben, die hinter dieser »Verösterreichung« Simon Wiesenthals stehen. Denn wir werden an seinen Maßstäben gemessen werden.